

**HESSISCHER LANDTAG**

15.01.2015

HHA

**Änderungsantrag  
der Fraktionen der CDU und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die  
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) in der Fassung der  
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 19/1228 zu Drucksache 19/1001

Inhalt des Antrags: **Leistungen an Flüchtlinge**Einzelplan **08**    **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel        08 05                    Verpflichtende Transferleistungen  
Buchungskreis:   2795

Förderproduktnummer                    04  
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan        Leistungen an Flüchtlinge

	von	Veränderung um	auf
<b>Leistungsplan:</b>			
<b>Beträge in 1.000 EUR</b>			
<b>Gesamtkosten</b>	260.500,0	+36.900,0	297.400,0
<b>Produktabgeltung</b>	260.500,0	+36.900,0	297.400,0

**Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:****Im Produktblatt:**wird bei Ziffer 3.1 „Beschreibung des Förderprodukts“ bei Leistung A folgender Satz hinzugefügt:

„An die kommunalen Gebietskörperschaften können Mittel des Bundes zum Zwecke der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen weitergeleitet werden.“

Bei Ziffer 8 „Produktspezifische Regelungen; Bewirtschaftungsvermerk“ ist folgender Text unter Ziffer 8.3 aufzunehmen:

„Über das Produkt können auch Mittel, die für Maßnahmen vom Bund bereitgestellt werden, abgewickelt werden.“

**Kameraler Haushaltsabschluss:****Beträge in EUR**

<b>Hauptgruppe</b>	<b>von</b>	<b>um</b>	<b>auf</b>
<b>HG 6</b>	415.799.500	+ 36.900.000	452.699.500
<b>Kameraler Zuschuss/Überschuss</b>	-495.672.700	-36.900.000	-532.572.700

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.****Begründung des Änderungsantrags:**

In der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern hat sich der Bund bereit erklärt, Länder und Kommunen im Jahre 2015 in Höhe von 500 Millionen Euro zu entlasten. Im Jahre 2016 wird der Bund einen weiteren Betrag in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen, sofern die Belastung der Länder und Kommunen im bisherigen Umfang fortbesteht. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sind zum Ausgleich von Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern bestimmt. Die Entlastung der Länder durch den Bund erfolgt durch Änderung des Finanzausgleichgesetzes des Bundes durch Erhöhung des Umsatzsteuerfestbetrages in Höhe von 36,9 Mio. Euro für Hessen.

Wiesbaden, 15.01.2015

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende

**Michael Boddenberg**

**Mathias Wagner (Taunus)**